

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Bärthlein

Kehrtwende in der Afghanistan-Politik?

Die Festnahme einer Reihe von hochrangigen afghanischen Taliban-Anführern in Pakistan Mitte Februar hat Spekulationen beflügelt, wonach Pakistan seine Einstellung zu den Taliban im Nachbarland geändert habe. Mullah Baradar, die Nummer Zwei hinter Taliban-Chef Mullah Omar, wurde in Karachi verhaftet. Beobachter sehen darin den schwersten Schlag gegen die afghanische Taliban-Führung seit der Invasion internationaler Truppen 2001. Anschließend wurde bekannt, dass zwei weitere Taliban-Chefs auf Provinzebene ebenfalls festgenommen worden waren. Ein Sohn des mit den Taliban und al Qaeda liierten Sirajuddin Haqqani starb bei einem US-Drohnenangriff in Nordwaziristan. Die Festnahme Mullah Baradars, offenbar in einer gemeinsamen Operation des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA und des pakistanischen ISI, wurde zunächst von internationalen Medien unter Berufung auf US-Sicherheitskreise gemeldet und später vom pakistanischen Militär bestätigt. Die pakistanische Regierung und die pakistanischen Medien hielten sich dagegen auffallend zurück. Westliche Beobachter sind sich weitgehend einig, dass Pakistan die afghanischen Taliban und auch Haqqani in den vergangenen Jahren unterstützt bzw. mindestens toleriert hat, um darüber einen Einfluss auf die politische Entwicklung in Afghanistan auszuüben. Bei der Entstehung der Taliban hatte der pakistanische Geheimdienst ISI eine wichtige Rolle gespielt. Es gilt als wahrscheinlich, dass die Führung der afghanischen Taliban um Mullah Omar nach der Flucht aus Kabul 2001 in Pakistan untertauchte und (als so genannte „Quetta-Shura“) zumindest weitgehend von Pakistan aus operierte. Obwohl die Armee immer wieder Offensiven gegen die „pakistanischen Taliban“ startete, die im eigenen Land Anschläge verübten und in Teilen Nordwest-Pakistans eine Parallel-Administration aufbauten, hatte sich Pakistan bislang immer gegen amerikanische Ansinnen gesperrt, auch die afghanischen Taliban zu bekämpfen. Dass der ISI jetzt an der Festnahme von Mullah Baradar offenbar beteiligt war, wurde von einigen Beobachtern als Indiz gewertet, dass das pakistanische Militär-Establishment (möglicherweise auf US-amerikanischen Druck) einen Kurswechsel vorgenommen habe. Bisher sind die Hintergründe aber noch völlig unklar. Es gibt eine Fülle von einander widersprechenden Erklärungsversuchen für die Verhaftung Mullah Baradars: Er habe hinter dem Rücken des ISI mit den USA verhandelt und sei deswegen aus dem Verkehr gezogen worden; er sei

in „Schutzhaft“ genommen worden, um mit ihm zu verhandeln; mit seiner Verhaftung wolle der ISI Druck auf die Taliban ausüben, um zu verhandeln; er sei den Geheimdienstlern nur zufällig ins Netz geraten. Fest steht derzeit nur, dass Pakistan großes Interesse daran hat, dass der ISI beim auf der Londoner Afghanistan-Konferenz Ende Januar anvisierten Prozess von Verhandlungen mit den Taliban eine wichtige Rolle spielt. Islamabad wirbt inzwischen ganz offen mit den guten Beziehungen des ISI zu den Taliban, die jahrelang bestritten wurden.

Taliban im Nordwesten unter Druck

Hakimullah Mehsud, der Chef der pakistanischen Taliban, ist im Januar anscheinend an den Folgen eines US-Drohnenangriffs gestorben. Taliban-Sprecher dementierten die Meldungen aus Geheimdienstkreisen zwar, aber es gibt kein Lebenszeichen von Mehsud. Hakimullah Mehsud war erst im August zum Nachfolger von Baitullah Mehsud als Anführer (*Amir*) der pakistanischen Taliban-Bewegung gewählt worden. Auch Baitullah Mehsud wurde durch eine US-Drohne getötet. Die *Tehrik-e-Taliban* Pakistan ist eine Art „Dachorganisation“ der in den verschiedenen paschtunischen Gebieten, vor allem in den autonomen *Tribal Agencies* an der Grenze zu Afghanistan operierenden militanten Gruppen. Die pakistanische Armee erklärte im Dezember die Operation gegen die Taliban in Südwestwaziristan für erfolgreich beendet. Allerdings wurde dabei keiner der Taliban-Anführer verhaftet oder getötet. Es wird vermutet, dass sich die meisten in die *Orakzai Agency* zurückgezogen haben. Seitdem gab es verstärkt auch Militär-Aktionen in Orakzai, und viele Menschen sind aus dieser Region geflohen. Die pakistanische Regierung und das Militär haben darauf verwiesen, dass weitere Offensiven (etwa gegen die *Haqqani*-Gruppe in Nordwaziristan) vorerst nicht durchgeführt werden könnten, weil die Lage in Südwestwaziristan erst noch stabilisiert werden müsse.

Weiterhin zahlreiche Anschläge.

Auch in den vergangenen Wochen hat es zahlreiche große und kleine Terror-Attacken mit Bomben oder Selbstmordanschläge in ganz Pakistan gegeben. Im Nordwesten haben mutmaßliche Taliban-Attentäter Mitte Dezember unter anderem einen Markt in Dera Ghazi Khan und Polizisten neben einer Moschee in Lower Dir angegriffen, Dutzende starben. Auch der Pres-

se-Klub in Peshawar wurde attackiert. Am Neujahrstag starben über 100 Menschen bei einem Volleyball-Spiel in Lakki Marwat. In Khar tötete ein Selbstmordattentäter mindestens 16 Menschen bei einem Anschlag auf einen Checkpoint Ende Januar. Anfang Februar erregte eine Attacke auf einen Konvoi nahe einer Schule in Lower Dir besondere Aufmerksamkeit, weil dort mehrere US-Soldaten starben, von deren Präsenz in dieser Region bislang nicht die Rede gewesen war. Mitte Februar explodierte eine Bombe auf einem Haschisch-Markt in der *Khyber Agency*, mindestens 15 Menschen starben. Auch in diesem Jahr wurden schiitische Prozessionen im Trauermonat Muharram von mutmaßlichen sunnitischen Fundamentalisten angegriffen. In Muzaffarabad (Kaschmir) und Karachi starben Dutzende.

Neubeginn mit Indien

In den indisch-pakistanischen Beziehungen gibt es die Chance für einen Neubeginn, nachdem Indien den Dialogprozess mit Pakistan im Anschluss an die Anschläge von Mumbai Ende 2008 auf Eis gelegt hatte. Das Treffen der Außenminister beider Länder Ende Februar stellt dabei eine Kompromiss-Lösung dar: Indien hatte bislang stets gefordert, dass Pakistan entschiedener gegen islamistische Terror-Gruppen und besonders *Lashkar-e-Taiba* vorgehen müsse, die Neu-Delhi als Urheber der Mumbai-Attacke ausgemacht hat. Erst dann könne der umfassende Verhandlungsprozess über alle bilateralen Themen („Composite Dialogue“) wieder aufgenommen werden. Indien signalisiert mit der Wiederaufnahme der Gespräche auf hoher Ebene jetzt, dass es an besseren Beziehungen großes Interesse hat und dass der *Composite Dialogue* einschließlich von Verhandlungen über Kaschmir, an denen Islamabad besonders interessiert ist, erneut beginnen kann, wenn Pakistan sich konstruktiv verhält. Für Indien ist diese Position taktisch vorteilhafter als die bisherige diplomatische Eiszeit, weil es Pakistan sowohl „belohnen“ als auch (mit dem erneuten Abbruch von Gesprächen) „bestrafen“ kann. Daneben dürfte für Neu-Delhi auch eine Rolle gespielt haben, dass es die zivile Regierung in Islamabad gegen die Militärs stärken möchte. Indien hat signalisiert, dass es mit Pakistan neben dem Thema Terrorismus auch über die Wirtschaftsbeziehungen sprechen will. Mit schnellen konkreten Resultaten rechnet kaum jemand; aber die Tatsache, dass überhaupt Gespräche stattfinden, gilt auch internationalen Beobachtern als wichtiger Stabilisierungsfaktor in Südasien, der das Risiko einer militärischen Konfrontation vermindert. Es ist möglich, dass der Anschlag in Pune im Februar (siehe Indien im Überblick) darauf abzielte, die angekündigten Gespräche in letzter Minute zu torpedieren, aber die indische Regierung hielt trotz Kritik der

hindu-nationalistischen Opposition an ihrem Entschluss fest. Zum Jahresbeginn hatten zwei der größten Medien-Häuser des Subkontinents, die Times of India und die pakistanische *Jang*-Gruppe, die Friedens-Initiative *Aman ki Asha* („Hoffnung auf Frieden“) ins Leben gerufen. Beide Gruppen sind in verschiedenen Mediensparten von Tageszeitungen bis Fernsehen und Internet präsent; *Jang* (das Urdu-Wort für „Krieg“, wie Spötter anmerkten) beispielsweise mit dem wichtigsten pakistanischen Fernsehsender *Geo TV* und den Zeitungen *Jang* und *The News*. Ihre ganzseitigen Anzeigen, Videoclips und Austauschprogramme erregten große Aufmerksamkeit. Auch wenn Kritiker ihnen kommerzielle Interessen unterstellten, zeigt das Projekt einmal mehr, wie groß der Wunsch in der Bevölkerung nach gutnachbarlichen Beziehungen ist.

Zardari macht Rückzieher in Verfassungskrise

Präsident Asif Ali Zardari hat erneut eine Machtprobe mit der Justiz verloren. Zardari hatte im Februar versucht, auf eigene Faust neue Richter für den Obersten Gerichtshof entgegen den Empfehlungen des Gerichts zu ernennen. Richter und Anwälte bezeichneten sein Vorgehen als verfassungswidrig, und Nawaz Sharif, der Chef der zweitgrößten pakistanischen Partei (Muslim-Liga) nannte Zardari gar die „größte Gefahr für die pakistanische Demokratie“. Zardari machte daraufhin einen Rückzieher. Beobachter sehen die Unabhängigkeit der Justiz gestärkt und den Präsidenten wieder einmal geschwächt.

Proteste gegen Verurteilung von Aafia Siddiqui

Die Verurteilung der pakistanischen Wissenschaftlerin Aafia Siddiqui durch ein Gericht in New York hat Anfang Februar in Pakistan für große Empörung gesorgt. Tausende gingen in verschiedenen Städten auf die Straße, um für die 37jährige zu demonstrieren, die sie als unschuldiges Opfer im „Krieg gegen den Terrorismus“ betrachten. Die Geschworenen sahen es als erwiesen an, dass Siddiqui 2008 in Ghazni, Afghanistan, auf US-Soldaten geschossen habe, die sie verhören wollten. Der Prozess brachte aber keine Erkenntnisse darüber, wo sich Siddiqui zwischen 2003 und 2008 aufhielt. Ihr Fall bleibt mysteriös. In Pakistan glauben viele, dass sie in Bagram in US-Haft war und gefoltert wurde. Ihre Anwälte sagen, dass Siddiqui keinen fairen Prozess bekam und den Geschworenen einerseits als „Terroristin“ präsentiert wurde, das Verfahren andererseits aber nur auf den Vorfall in Ghazni beschränkt blieb, um weitergehende Untersuchungen zu verhindern. Das Strafmaß soll im Mai verkündet werden.